

**Interpellation Egger-Berneck / Böhi-Wil (18 Mitunterzeichnende):
«Unternimmt die Regierung genug bei Gewalt gegen die Polizei?»**

In letzter Zeit gab es mehrere schwere Fälle von Gewalt gegen Polizisten. In Zürich wurden im August 2018 Polizisten und Sanitäter bei einem Rettungseinsatz von einem Mob angegriffen und daran gehindert, einen Schwerverletzten zu pflegen. Ähnliche Vorkommnisse wurden auch in anderen Städten registriert und kommen auch im Kanton St.Gallen vor: Im vergangenen Mai wurden in Rapperswil-Jona zwei Polizeibeamte durch einen Knallkörper verletzt, einer davon erlitt eine Brandverletzung und musste hospitalisiert werden.

Gemäss Angaben der Schweizer Polizistengewerkschaft VSPB stieg die Anzahl der Fälle, in denen Polizistinnen und Polizisten bedroht oder angegriffen wurden, von rund 750 im Jahr 2000 auf über 3'000 im Jahr 2017. Dabei wurde festgestellt, dass solche Zwischenfälle nicht nur bei Demonstrationen oder anderen Veranstaltungen, sondern vermehrt auch bei polizeilichen Routinarbeiten wie beispielsweise Personenkontrollen vorkommen. Offensichtlich wird Polizistinnen und Polizisten je länger je weniger Respekt entgegengebracht.

In ihrer Antwort zur Interpellation 51.16.31 «Gewalt gegenüber Polizistinnen und Polizisten» erwähnt die Regierung den Bericht «Opfererfahrungen im Dienst von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten» der Universität St.Gallen aus dem Jahr 2016. Eine Mehrheit der befragten St.Galler Polizistinnen und Polizisten gab an, in den letzten fünf Jahren eine Zunahme an Straftaten gegen sich festgestellt zu haben. Über 80 Prozent der Befragten wurden in den letzten drei Jahren Opfer einer Beschimpfung, 55 Prozent einer Tötlichkeit, 45 Prozent einer Drohung, 19 Prozent einer Körperverletzung und sogar 21 Prozent einer lebensbedrohlichen Situation. Die Frage nach ausreichender Unterstützung und Schutz durch die Polizeiführung bei Vorfällen im Dienst beantworteten 24 Prozent der Befragten mit «ja», 46 Prozent mit «eher ja», 14 Prozent mit «eher nein», 4 Prozent mit «nein» und der Rest mit «weiss nicht/keine Angaben».

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche konkreten Massnahmen hat die Regierung aufgrund der Umfrageergebnisse des Berichts «Opfererfahrungen im Dienst von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten» getroffen?
2. Wie stellt die Regierung sicher, dass sämtliche Übergriffe gegen Polizistinnen und Polizisten von den Betroffenen auch angezeigt werden?
3. Auf welche Art von Unterstützung können die betroffenen Polizistinnen und Polizisten seitens ihrer Vorgesetzten rechnen?
4. Trägt das Konzept der Polizeischule der geänderten Bedrohungslage für Polizistinnen und Polizisten genügend Rechnung, insbesondere in der Ausbildung für den Selbstschutz?
5. Wie wirkt sich das erhöhte Sicherheitsrisiko für Polizistinnen und Polizisten auf die Planung des Bestands der Kantonspolizei aus?»

18. September 2018

Egger-Berneck
Böhi-Wil

Alder-St.Gallen, Bonderer-Sargans, Chandiramani-Rapperswil-Jona, Dudli-Oberbüren, Egli-Wil, Freund-Eichberg, Gerig-Wildhaus-Alt St.Johann, Güntzel-St.Gallen, Haag-Jonschwil, Hartmann-Walensstadt, Kuster-Diepoldsau, Louis-Nesslau, Rossi-Sevelen, Schmid-Grabs, Thalman-Kirchberg, Wasserfallen-Goldach, Willi-Altstätten, Wüst-Oberriet